

Medienspiegel vom 19. Dezember 2024

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
18.12.2024 SPIEGEL+: Wer entsorgt jetzt Russlands rostige Atom-U-Boote?	4
18.12.2024 szlz.de (Schaumburger Zeitung & Landes-Zeitung): Umfrage vor dem Start: Was wissen die Menschen über das Zwischenlager am AKW Grohnde?	6

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Christoph Seidler

Seite: 0

Rubrik: Wissenschaft/Mensch

Weblink: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/mnepr-russland-kuendigt-wichtiges-atom-abkommen-auf-a-b97fb38b-9ecb-47cb-a614-b725fc75aa15>

Mediengattung: Online News

Jahrgang: 2024

Nummer: 0

Aufgekündigtes Abkommen

Wer entsorgt jetzt Russlands rostige Atom-U-Boote?

Die Häfen der russischen U-Boot-Flotte in der Arktis waren massiv radioaktiv verseucht. Mit Milliardenhilfe aus dem Westen wurde zuletzt aufgeräumt. Nun steigt Russland aus dem Abkommen aus.

Unter dem Eis der Arktis belauerten sich während des Kalten Krieges die strategisch wichtigen Atom-U-Boote der USA und der Sowjetunion. Nach monatelanger Fahrt im Verborgenen hätten sie im Ernstfall ihre Kernwaffen auf Ziele der jeweils anderen Seite feuern sollen. Zum Glück kam es nie dazu.

Fast alle sowjetischen Boote waren in den Häfen der Halbinsel Kola im äußersten Nordwesten des roten Reichen stationiert. Durch eine warme Meeresströmung ist die Gegend auch im Winter eisfrei. Doch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende des Kalten Krieges wurden die U-Boote kaum noch eingesetzt. Seitdem rosteten große Teile der sowjetischen U-Boot-Flotte in den arktischen Basen vor sich hin, die Reaktoren noch voll Uran.

Schon vorher hatte Strahlenschutz dort keine große Rolle gespielt. So liefen allein bei einem Vorfall im Jahr 1982 Schätzungen zufolge bis zu 600.000 Tonnen radioaktiv belastetes Wasser in die Barentssee. Der SPIEGEL warnte im Jahr 2000 vor »hundert schwimmenden Tschernobyls«. Um die schmutzigen Hinterlassenschaften aufzuräumen, sicherten westliche Länder den Russen Unterstützung in Milliardenhöhe zu.

Ein entscheidendes Instrument dafür war ein 2003 vereinbartes Vertragswerk namens Multilateral Nuclear Environmental Programme in the Russian Federation (MNEPR). Dieses hat Russland jetzt in einem symbolischen Schritt aufgekündigt. Das Unterhaus des Parlaments in Moskau, die Duma, fasste einen entsprechenden *Beschluss* vor wenigen Tagen.

Dabei sei das MNEPR die entscheidende Säule des arktischen Großreinemachens, beklagt Alexander Nikitin von der norwegischen Umweltschutzorganisation Bellona im Gespräch mit dem

SPIEGEL: »Ohne diese Vereinbarung wäre es fast unmöglich gewesen, die Gelder vieler Länder und internationaler Organisationen zu nutzen.« Das Abkommen habe unter anderem die steuerlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen Russland und den Gebern geregelt – und die Frage der *Haftung*, sollte es bei den Arbeiten zu einem nuklearen Unfall kommen.

Schiffsfriedhof im Sperrgebiet Nikitin war einst selbst Offizier auf sowjetischen Atom-U-Booten. In den Neunzigern wurde er zum Umweltschützer und machte die internationale Gemeinschaft auf die Gefahr durch die mehr als 100 ausrangierten Boote der Nordmeerflotte und ihre strahlenden Hinterlassenschaften aufmerksam. Wohl nirgendwo sonst auf der Welt gab es so viel radioaktiven Abfall auf engem Raum. Da waren nicht nur die im Nordmeer gesunkenen Atom-U-Boote K-27 und K-159. Tausende alte hochradioaktive Brennstäbe lagerten an der Andrejew-Bucht bei Murmansk unter prekären Bedingungen. Und unweit, in der Saida-Bucht, rottete in einem Sperrgebiet ein ganzer Schiffsfriedhof der abgetakelten U-Boot-Flotte vor sich hin. Nikitin berichtete der Welt detailliert davon – und der russische Staat reagierte mit Härte. Der Whistleblower wanderte wegen angeblichen Hochverrats *ins Gefängnis*.

Doch dann wurde Nikitin freigelassen. Und in Moskau entschied man sich, das zwischenzeitlich für die Aufräumarbeiten angebotene Geld aus dem Westen anzunehmen. Es ging um *Milliarden*. Die entscheidende Grundlage dafür, dass die Mittel fließen konnten, war das MNEPR.

Fachleute für unnütz gewordenes nukleares Erbe

Die Franzosen halfen dabei, Kernbren-

stoff aus havarierten U-Booten zu bergen. Länder wie *Norwegen oder Großbritannien* zahlten für die Zerlegung der Boote. *Italiener* bauten die »Rossita«, ein Transportschiff für strahlenden Müll. Und Deutschland errichtete *ab 2004* ein Zwischenlager für ausgediente U-Boot-Reaktoren an der Saida-Bucht. Dutzende Stahlbehälter von der Größe eines Einfamilienhauses stehen hier auf einer dicken Betonplatte. Nichts soll aus den Ummantelungen nach draußen gelangen.

Bei der Arbeit halfen Fachleute, die sich auskannten mit der Abwicklung unnütz gewordenen nuklearen Erbes: Die Energiewerke Nord (EWN), heute Entsorgungswerk für Nuklearanlagen, waren (und sind) für die Demontage der DDR-Atomkraftwerke bei Greifswald und Rheinsberg verantwortlich. Leiter des inzwischen *abgeschlossenen* Projekts war Detlef Mietann. Einmal im Monat flog der EWN-Atomexperte für jeweils *eine Woche* an die Saida-Bucht, inzwischen ist er in Rente – und möchte nicht mehr über die Arbeit damals sprechen, wie er am Telefon freundlich erklärt. Man kann das *600 Millionen Euro* teure Zwischenlager mit angeschlossenem regionalem Entsorgungszentrum an der Saida-Bucht aber wohl als Erfolg verbuchen. Das »Risiko der Verbreitung von Kernmaterialien und radioaktiven Materialien sowie von Umweltschäden« sei »erheblich reduziert worden«, *schreibt* das zuständige Bundeswirtschaftsministerium.

Fakt ist aber auch: Die Reaktoren in den Behältern strahlen noch für Jahrzehnte so stark, dass sie bislang nicht einmal demontiert werden können. Und auch woanders ist das nukleare Erbe der Nordmeerflotte noch nicht vollständig aufgeräumt, auch wenn Rosatom, die Agentur für Atomenergie in Russland,

im Sommer 2023 *den Vollzug vermeldete* .

Warnung vor nuklearer Kettenreaktion in gesunkenem U-Boot

»Auch wenn Rosatom dies behauptet, ist es nicht wahr«, sagt Umweltaktivist Nikitin. Die Gewässer um die Insel Nowaja Semlja mit ihren radioaktiven Abfällen seien »nach wie vor« nicht gereinigt. Tatsächlich sind die gesunkenen Atom-U-Boote K-27 und K-159 bis heute nicht geborgen. Und ohne ausländische Hilfe ist auch kaum vorstellbar, dass sich das auf absehbare Zeit ändert. Experten befürchten, dass es an Bord von K-27 sogar eines Tages zu einer *unkontrollierten nuklearen Kettenreaktion* , einer Explosion unter Wasser, kommen könnte.

Auch die Arbeiten in der Andrejewabucht seien »unvollständig«, beklagt

Nikitin, die Sanierung des Stützpunkts Gremicha bei der Stadt Ostrownoi noch »nicht vollständig abgeschlossen«. Und die bereits erwähnte Zerlegung der Reaktoren im Zwischenlager der Saida-Bucht stehe ja ebenfalls noch aus.

Mit dem Ende des MNEPR dürften die Arbeiten erliegen. Zuletzt hatten die westlichen Geldgeber ihre Zusammenarbeit mit Russland *eingefroren* . Das Abkommen selbst *tasteten sie nicht an* – aber nun sind die Russen ausgestiegen. Für eine zukünftige Kooperation im arktischen Umweltschutz, irgendwann einmal, fehlt die rechtliche Grundlage. »In einem günstigeren Umfeld in der Zukunft ist es notwendig, internationale Programme wieder einzuführen«, sagt Nikitin. Ohne einen Vertrag wie das MNEPR könne das aber »nicht funktionieren«.

Unterdessen wird im Atomlager an der Saida-Bucht statt weiterem U-Boot-Schrott Abfall *aus einem kommerziellen russischen Atomkraftwerk* eingelagert – auch wenn die Anlage dafür gar nicht gebaut wurde. Und die Nordmeerflotte? Sie bekommt neues Unterwassergerät: *Im kommenden Jahr* soll etwa ein weiteres 133 Meter langes U-Boot der Jasen-Klasse die Arbeit aufnehmen.

»U-Boote spielen in Russlands Abschreckungsstrategie eine Schlüsselrolle«, *schreibt* die Federation of American Scientists, eine Nichtregierungsorganisation in Washington, die einst von Mitarbeitern des US-Atombombenprojekts gegründet wurde. Die »Arhangelsk« ist – wie ihre vier seit 2014 in Dienst gestellten Schwesterschiffe – atomgetrieben.

Abbildung:	Arbeiter an der Saida-Bucht: Abfall aus einem kommerziellen russischen Atomkraftwerk eingelagert
Abbildung:	Schiffsfriedhof der Nordmeerflotte (Archivbild): Reaktoren noch voll Uran
Abbildung:	Zerlegung eines ehemaligen U-Bootes: Risiko »erheblich reduziert«
Abbildung:	Zwischenlager an der Saida-Bucht: Für Kooperation im arktischen Umweltschutz fehlt die rechtliche Grundlage
Abbildung:	Ex-U-Boot-Offizier Nikitin: »Auch wenn Rosatom dies behauptet, ist es nicht wahr«
Wörter:	1046

Autor/-in: Christian Branahl
Mediengattung: Online News

Visits (VpD): 3,41 (in Mio.)¹
Unique Users (UUPD): 0,011 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.szlz.de/lokales/hameln-pyrmont/akw-grohnde-was-wissen-die-menschen-ueber-das-atommuell-zwischenlager-UVJODN4WCVF7XK6M2TMRJOW2RM.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Atommüll der Kernkraftwerke

Umfrage vor dem Start: Was wissen die Menschen über das Zwischenlager am AKW Grohnde?

Emmerthal

Was wissen und denken die Menschen über die Aufbewahrung radioaktiver Abfälle? Hat sich ihre Einstellung dazu verändert? Das soll die zweite Erhebung im Auftrag der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ergeben. Die Umfrage findet in den Regionen rund um die Zwischenlager-Standorte statt – auch im Bereich des AKW Grohnde. Dort schreiten inzwischen die Bauarbeiten für die BGZ voran.

„Ein Zwischenlager für Atommüll? Hier bei uns in der Gegend? Nie gehört.“ So antwortete bundesweit rund ein Drittel der Befragten in der ersten Umfrage in den Regionen rund um die Zwischenlager-Standorte. Zumindest in diesem Punkt, den die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) als Betreiber hervorhob, kannten sich die Menschen rund um das AKW Grohnde etwas besser aus. Ziel dieser Befragung war es laut BGZ, vorhandenes Wissen und Informationsbedarf über die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle zu ermitteln. Nun kündigt sie eine Neuauflage an.

Per Zufallsprinzip werden Frauen und Männer, die in der Nähe eines von der BGZ betriebenen Zwischenlagers wohnen, demnächst von Mitarbeitenden einer unabhängigen Gesellschaft für Sozialforschung online oder per Telefon kontaktiert. Die Interviewer möchten wissen, was die Menschen über die Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle wissen und denken.

Die Ergebnisse der ersten Befragung hatte als Auftraggeberin die BGZ – sie übernahm Anfang 2019 von AKW-Betreiberin Preussen Elektra in Grohnde die Regie über das Zwischenlager – im Februar veröffentlicht. Das unabhängige Institut Aproxima Gesellschaft für

Markt- und Sozialforschung Weimar befragte dafür bundesweit 3500 Menschen in einem Radius von 25 Kilometern um die insgesamt 16 Zwischenlager-Standorte.

Wie fallen die Antworten rund um Grohnde im Vergleich zur bundesweiten Erhebung aus? „Insgesamt zeigte sich bei den Ergebnissen in Grohnde ein sehr ähnliches Bild wie jenes der Gesamtumfrage an den 16 Standorten der BGZ“, erklärt in dieser Woche auf Nachfrage unserer Zeitung Janine Tokarski als Sprecherin der Bundesgesellschaft. „70 Prozent der deutschlandweit Befragten hielten es für richtig, dass der Staat die Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland übernommen hat, ebenfalls knapp 70 Prozent der rund 200 Befragten rund um das Zwischenlager Grohnde befürworteten die staatliche Verantwortung.“

In der Region rund um Grohnde zeigen sich Menschen etwas informierter über das Atommüll-Zwischenlager

Eine weitere Kernaussage der Umfrage: In Grohnde hielten 30 Prozent der Befragten das Zwischenlager für ein „ziemlich hohes Risiko“ (deutschlandweit rund 33 Prozent), mehr als 44 Pro-

zent sehen in der Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle am Standort ein „geringes Risiko“ (deutschlandweit knapp 50 Prozent), wie die Sprecherin die Ergebnisse vergleicht.

„Zudem zeigte die Umfrage ein differenziertes Bild zur Einstellung und zum Informationsgrad der Menschen: Mehr als 65 Prozent der Befragten aus der Region kennen das Zwischenlager Grohnde, das sind deutlich mehr als im deutschlandweiten Vergleich“, erklärt Tokarski. „Betrachtet man die Ergebnisse aller Standorte, kennen nur rund 33 Prozent der Befragten die Zwischenlager in ihrer jeweiligen Region.“

Inzwischen machen die Bauarbeiten der Bundesgesellschaft in Grohnde sichtbare Fortschritte. Um den autarken Zwischenlagerbetrieb gewährleisten zu können, werden dort in den nächsten Jahren rund 50 Millionen Euro investiert. Der Zugang zum Brennelemente-Zwischenlager – dort befinden sich die hochradioaktiven Abfälle derzeit in 63 Castor-Behältern – erfolgt bislang über den Sicherungsbereich des Kernkraftwerks. Im Zuge der Investitionen vorgesehen ist das Funktionsgebäude für das Betriebspersonal inklusive Werkstätten und einer Fahrzeughalle, ein Wachgebäude, eine separate Zufahrt und eine eigene Zaunanlage. Das Zwischenlager muss

auch nach dem AKW-Rückbau für weitere Jahrzehnte sicher betrieben werden, bis ein Endlager zur Verfügung steht. Derzeit findet im Funktionsgebäude der Innenausbau statt. Dazu zählen nach Angaben von Tokarski etwa der Trockenbau, die Installation von Heizung und Lüftung, Sanitäreinrichtungen und Elektrik. Parallel dazu würden Fassadenelemente montiert. Ebenso fänden im Außenbereich auf dem Gelände Bohrungen statt, um die Neubauten mit Erdwärmepumpen (ebenso wie mit Photovoltaikanlagen) nachhaltig mit Strom und Wärme zu versorgen. Die Fertigstellung des Funktionsgebäudes sei bis zum Jahresende 2025 vorgesehen. Der Start für den Bau des Wachgebäudes ist nach Mitteilung der BGZ-Sprecherin für Mai 2025 geplant.

Abbildung: Weit fortgeschritten sind die Arbeiten für den Neubau der Bundesgesellschaft für Zwischenlager am AKW Grohnde.

Fotograf-in: Quelle: Dewezet

Abbildung: Im Brennelemente-Zwischenlager am AKW Grohnde befinden sich die hochradioaktiven Abfälle derzeit in 63 Castor-Behältern.

Fotograf-in: Quelle: Dewezet

Abbildung: Das AKW-Gelände – links neben den Kühltürmen die Neubauten des Zwischenlager-Betreibers – spiegelt sich im Autodach. Um den autarken Zwischenlagerbetrieb gewährleisten zu können, werden dort in den nächsten Jahren rund 50 Millionen Euro investiert.

Fotograf-in: Quelle: Dewezet

Wörter: 674

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG